

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

19 (23.1.1908)

den Präsidentenstuhl. Seine Partei sei infolge dieses Schrittes des Ministers fertig geworden und werde zur Vorsicht gemahnt, damit nicht weitere unvorhergesehene Ueberraschungen kommen. Auf die Person des Staatsministers v. Dusch übergehend, weist Redner darauf hin, daß unter diesem Minister es geschehen konnte, daß Amtsvorstände und sonstige Beamte mit Sozialdemokraten agitierten und daß eine Inquisition gegen die katholische Geistlichkeit ins Werk gesetzt wurde. Der Minister habe des öfteren eine verletzende Sprache gegen das Zentrum geführt. Redner erinnert an den Wahlerlaß bei den letzten Reichstagswahlen, in welchem die „vaterländischen“ Wähler auf die Pflicht aufmerksam gemacht wurden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es handelte sich um eine hochschätzliche Wahlmacht in einer bestimmten Parteirichtung. (Sehr richtig beim Zentrum.) Dann gebühre der konservativen Fraktion, daß sie an ihrem Standpunkte bezüglich der Präsidentenwahl festgehalten. Die Stellung zur national-liberalen Partei sei die gleiche geblieben. An Annäherungsversuchen auf Seiten des Zentrums habe es nicht gefehlt. Wenn aber das Zentrum fortwährend als das größere Uebel der Sozialdemokratie gegenüber bezeichnet werde, könne von einer Freundschaft selbstverständlich keine Rede sein. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Großblodpolitik forgesetzt werde. Er könne nur den Wunsch aussprechen: Noch etwas mehr Großblodpolitik. (1) Die Bestrebungen der Sozialdemokratie könne das Zentrum nicht billigen, da sie auf den Umsturz von Staat und Gesellschaft hinauslaufen. (1) Das Ziel der Hebung der Schwachen, der Arbeiter, sei berechtigt und werde auch vom Zentrum verfolgt (1), aber auf anderem Wege. Aus Anlaß der Wahl eines Zentrumsmannes zum Präsidenten hörte man da und dort die Meinung äußern, jetzt werde Baden mit schwarzer Politik überschwebt. Wir werden keine Dummheiten machen, sondern uns auf dem Boden einer gesunden bürgerlichen Politik bewegen. (Bravo!) Unsere Politik hat zur Grundlage die christliche Weltanschauung und die Anhänglichkeit zur Monarchie. (Bravo!) Unsere Politik wird eine konservative, fortschrittliche liberale (1) sein. Sie wird eintreten für die wirtschaftlich Schwachen und den Mittelstand und er hoffe, daß dies zum Gebeten und Segen des badischen Landes gereiche. (Beifall beim Zentrum.)

Staatsminister v. Dusch ist mit den Ausführungen der Abg. Dr. Wildens und Zehnter in budgetärer Beziehung im wesentlichen einverstanden. Ein Unterschied liege nur darin, daß Abg. Zehnter im Gegensatz zu seinem Vorredner die Anleihenpolitik der Städte nicht empfiehlt. Der Minister konstatiert mit Genugung die größere Bereitwilligkeit, der Regierung entgegenzukommen. Zur Frage der Einreichung der Volksschullehrer in den Gehaltsstufentabelle bemerkt Redner, die Regierung glaube annehmen zu müssen, daß nach den bestimmten Erklärungen der Parteien auf dem vorigen Landtage der damals festgelegte Zustand (Aufbesserung der Gehälter) über diese Budgetperiode hinaus dauern soll. Das Zentrum habe durch seine Politik dazu beigetragen, daß dem Reiche nicht die notwendigen Steuerquellen erschlossen worden sind. (Beifall und Widerspruch.) Abg. Zehnter habe scherzweise von Hochpolitik gesprochen. Was ist bis jetzt für die Reichsfinanzreform getan worden? (Sehr richtig und Widerspruch beim Zentrum.) Ich will damit nicht Vorwürfe gegen diese Seite des Hauses erheben. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Interessen der Kirchen gefördert werden sollen unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Staates. Der Abg. Zehnter habe ruhig und sachlich über die finanzielle Seite gesprochen, nicht so ruhig und sachlich habe er die allgemeine Politik berührt. Erstaunt sei er, der Minister, gewesen, zumal bei der persönlichen Art des Vorredners, daß dieser kein freundliches Wort für den früheren Kollegen Schenkel übrig hatte. Das Abschiedsgesuch kam mir überraschend. Der Minister rechtfertigt das Verhalten des Ministers des Innern bei der Präsidentenwahl; der Vorschlag sei nicht geeignet, dem Minister einen Strich zu drehen. Für die Beurteilung der Tätigkeit eines Ministers seien andere Handlungen maßgebend. Erstaunt bin ich über die Angriffe auf mich. Die katholischen Geistlichen waren es, die ihrerseits eine Aktion gegen die Regierung eingeleitet. (Chorufe beim Zentrum.) Ich verweise auf den Waldmichel. (Widerspruch.) Die Regierung habe sich in der Defensiven befunden und sei ungerne zu der Maßregel (Untersuchung über die politische Tätigkeit der Geistlichen) geschritten.

Er, der Minister, denke nicht daran, sich feindlich zu den katholischen Geistlichen zu stellen. Man habe ihn als Vater des Großblods bezeichnet, ja sei soweit gegangen, zu sagen, er habe den Großblod befohlen. Ungerechtfertigt seien die Vorwürfe, er habe nicht gehindert, daß Amtsvorstände usw. mit Sozialdemokraten zusammengekommen. Bei der letzten Reichstagswahl habe es sich um eine nationale Frage gehandelt. (1) In dem Wahlerlaß sollte darauf hingewiesen werden, daß es Pflicht sei, in einem solchen Falle seine Gesinnung zu bezeugen. Sie (zum Zentrum gewendet) haben in einer nationalen Frage verjagt aus politischen Machtgelüsten. Er habe den Eindruck, als ob der Sinn der Ausführungen Zehnters sei, wir haben kein Vertrauen zu diesem Minister mehr. Ich habe das gute Gewissen, daß ich jederzeit den berechtigten Wünschen der katholischen Kirche entgegengekommen bin. Solange mir der Landesherr das Amt überläßt, werde ich mich vom Pflichtgefühl leiten lassen. (Bravo!) Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Wildens und Dr. Zehnters wird die nächste Sitzung auf Freitag 9 Uhr festgesetzt.

Deutsche Politik.

Der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen
wird am 28. Januar in Straßburg eröffnet werden. Die sozialdemokratische Partei kündigt in der Parteipresse für Montag den 26. Januar große Wahlrechtsdemonstrationen an. In allen größeren Städten des Landes sollen Versammlungen abgehalten werden, die das Wahlsystem für den Landesauschuss zum Gegenstand haben, das bekanntlich — ähnlich wie in Preußen und Sachsen — die breiten Volksmassen von jeder Vertretung im reichsländischen Parlament ausschließt.

Bereits vor zwei Jahren veranstaltete die sozialdemokratische Partei derartige Wahlrechtsdemonstrationen, die besonders in den größten Städten, wie Straßburg und Colmar, einen außerordentlichen Umfang annahmen. Trotz des durchaus friedlichen und lokalen Verlaufs war reichlich Militär aufgeboten und mit Patronen versehen worden. Zum größten Bedauern der Regierung taten jedoch die eifrigsten und die lothringischen Arbeiter ihr nicht den Befehlen, den Säbel und die Hinte zu provozieren. Ueber das reichsländische Wahlrecht wird unser Straßburger Mitarbeiter in einem besonderen Artikel berichten.

Interpellation über das Branntweinmonopol in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Das Zentrum brachte folgende Interpellation heute zur Besprechung: „1. Wie verhält sich die Staatsregierung zu dem Gedanken der Einführung eines Reichs-Branntweinmonopols an sich und 2. in welcher Weise geht sie dabei die in der Reichsverfassung und der bisherigen Branntweinsteuer-Gesetzgebung gewährleisteten Reservatrechte Bayerns zu wahr?“

Finanzminister v. Pfaff beantwortete dieselbe mit der einleitenden Bemerkung, daß er aus den Verhandlungen des Bundesrats nichts mitteilen, wohl aber die Grundzüge bezeichnen könne. Es seien erhebliche Fehlbeträge in der Reichskasse. Schon jetzt seien die Matrifularbeiträge auf 125 Millionen Mark gestiegen. Die Vermehrung der Reichseinnahmen sei notwendig und zwar auf indirektem Wege. Branntwein eigne sich am besten dazu. An direkten Reichsteuern könne nicht gedacht werden. Das Reich besorge den Anlauf und die Reinigung des Branntweins, den Vertrieb überlasse es der privaten Tätigkeit. Die Durchführung bleibe den Einzelstaaten überlassen. Das Branntrecht werde nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre bemessen.

Der Preis für gewerblichen Spiritus werde auf 25 Mk. festgesetzt. Die Liebesgabe fällt fort. Eine Uebergangszeit wird geschaffen. Die Reservatrechte werden gewahrt. Die Beschlüsse des Bundesrats werden der Zustimmung des Landtags unterbreitet. Für Süddeutschland werden 5 Mk. mehr bezahlt.

Die Regierung stieg in der Kammer auf große Enttäuschung. Die Redner des Zentrums waren mit der Erklärung unzufrieden. Nur der jungliberale Dr. Goldschmidt war einigermassen zufrieden mit dem Monopol, „das nicht wegen der Brenner, sondern wegen der Reichs-

finanzen komme“, während Dr. Günther (freis.) feindselig dem Monopol entgegensteht. Der Redner der Sozialdemokratie, Kollwagen, ging scharf ins Gericht mit der fortwährenden indirekten Mehrbelastung des Bräutariats, die er sich amlos nannte, was ihm einen Anerkennungstrug eintrug. Er betonte die Ablehnung der Vorlage und ironisierte die Regierung wegen ihrer auffälligen Haltung vor und nach dem Aufenthalt des Ministers in Berlin.

Badische Politik.

Abstellung von Beschwerden.
Dem Genossen Kolb ging vom Generaldirektor der badischen Eisenbahnen die folgende Mitteilung zu: „Wir bezug auf die von Ihnen in der Budgetkommission gegebene Anregung beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die Verspätungen der abends nach 6 Uhr von Karlsruhe abgehenden Arbeiterzüge durch den unregelmäßigen Lauf der Eisenbahnen verurteilt sind. Dies trifft insbesondere auch auf den Personenzug Nr. 1235 nach Mühlacker (Karlsruhe ab 6.31 Uhr), der öfters durch den verspäteten Schnellzug D 145 Paris—München in seinem Laufe gehindert wird. Wir haben versucht, dem besagten Uebelstande durch abzugeben, daß der Zug 1235 vom 20. I. M. ab von Karlsruhe 7 Minuten früher abgelassen (Karlsruhe ab 6.24 Uhr) und vor Zug D 145 bis Söllingen durchgeföhrt wird, so daß der größte Teil der Arbeiter noch frühzeitig ohne Stillager unterwegs, sein Reiseziel erreicht. Was die Benützung und Bedienung der Bahnsteigsperre bei den Abendzügen zwischen 6—7 Uhr in Durlach anlangt, haben die angefertigten Erhebungen ergeben, daß eigentliche Mängel nicht bestanden. Auf der Südseite sind 2 Sperrgänge, außerdem in der Vorhalle (Mitte) ein dritter (für weibliche Arbeiter) abends besetzt. Da aber seit 2. Januar l. Js. ein weiterer Arbeiterzug Nr. 1233 Durlach—Wittlingen verkehrt und infolgedessen zeitweise ein Zusammenströmen größerer Arbeitermassen zu erwarten steht, wurde ein 4. Sperrgang geöffnet, wodurch allen Bedürfnissen Rechnung getragen sein wird.“

Volksschullehrer und Gehaltsstuf.

Der Vorstand des Badischen Lehrervereins hat unter dem 15. Januar eine Petition an das Staatsministerium gerichtet mit der Bitte:

1. es möge mit der in die Wege geleiteten Revision des Beamtengehaltstafels auch die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufentabelle an der ihnen zukommenden Stelle und damit die Gleichstellung der Gehälter der Lehrer mit den Bezügen der nach Vorbildung und dienstlicher Tätigkeit gleichwertigen Beamten vollzogen werden,
2. es möge bei Neuordnung der Bezüge der nichtamtlichen Lehrern auch die „Vergütung“ der unständigen Lehrer und Lehrerinnen eine entsprechende, zeitgemäße Erhöhung erfahren.

Der Petition ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Ein privates Nachspiel zum Gaisert-Prozess.

Spiele sich vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Stodach ab. Zur Verhandlung stand die Privatklage des Landtagsabgeordneten Oberamtsrichters Wittmann an in Donauwörth gegen den Redakteur und Verleger Willibald vom „Donauwörther Tagblatt“. Das Landgericht Konstanz hat die Klage an das Schöffengericht Stodach verwiesen. Die den Gegenstand der Privatklage bildenden Artikel rührten aus der Zeit der Stichwahlkämpfe aus den Jahren 1905 und 1906 her. Nach der Klage liegt die Beleidigung der Artikel summarisch ausgeführt in der Behauptung: „daß der Schild Wittmanns nicht mehr rein sei und er deswegen nicht mehr hinter den Nichtertisch gehöre“. Das ganze Urteil des Gaisertprozesses wurde auf Antrag des Privatklägers verlesen. Der Privatkläger wohnte der Verhandlung selbst an. Er war durch die Rechtsanwältin Hermann Welle in Konstanz und Dr. Koge in Donauwörth vertreten. Auch der Angeklagte, der Widerklage erhoben hatte, war in Begleitung des

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)
Ich besann mich nicht lange, zog meine Geige aus der Tasche, und spielte schnell einen lustigen Ländler auf, während ich aus dem Walde hervortrat. Die Mädchen wunderten sich, die Alten lachten, daß es weit in den Wald hineinschallte. Als ich aber so bis zu der Linde gekommen war, und mich mit dem Mädchen dran lehnte, und immerfort spielte, da ging ein heimliches Murren und Gewisper unter den jungen Leuten rechts und links, die Bursche legten endlich ihre Sonntagspfeifen weg, jeder nahm die Seine, und es' ich's mir verfaß, schwenkte sich das junge Bauernvolk tüchtig um mich herum, die Hunde heulten, die Kügel flogen, und die Kinder standen um mich im Kreise und sahen mir neugierig ins Gesicht und auf die Finger, wie ich so fit damit hantierte.

Wie der erste Schleifer vorbei war, konnte ich erst recht sehen, wie eine gute Musik in die Gliedmaßen fährt. Die Bauernburschen, die sich vorher, die Pfeifen im Munde, auf den Bänken redten und die steifen Beine von sich streckten, waren nun auf einmal wie umgetauscht, ließen ihre bunten Schnupftücher vorn am Knopfloch lang herunterhängen und lapriolten so artig um die Mädchen herum, daß es eine rechte Lust anzuschauen war. Einer von ihnen, der sich schon für was Rechtes hielt, haspelte lange in seiner Westentasche, damit es die andern sehen sollten, und brachte endlich ein kleines Silberstück heraus, das er mir in die Hand drücken wollte. Mich ärgerte das, wenn ich gleich dagumal kein Geld in der Tasche hatte. Ich sagte ihm, er sollte nur seine Pfennige behalten, ich spielte nur so aus Freude, weil ich wieder bei Menschen wäre. Bald darauf aber kam ein schmales Mädchen mit einer großen Stange Wein zu mir. „Musikanten trinken gern“, sagte sie, und lachte mich freundlich an, und ihre perlweißen Zähne schimmerten recht schmerzlich zwischen den roten Lippen hindurch, so daß ich sie wohl hätte darauf küssen mögen. Sie tunkte ihr Schnäbelchen in den Wein, wobei ihre Augen über das Glas weg auf mich herüber-

funkelten, und reichte mir darauf die Stange hin. Da trank ich das Glas bis auf den Grund aus, und spielte dann wieder von freihem, daß sich alles lustig um mich herumdrehte.

Die Alten waren unterdes von ihrem Spiel aufgebracht, die jungen Leute fingen auch an müde zu werden und zerstreuten sich, und so wurde es nach und nach ganz still und leer vor dem Wirtshause. Auch das Mädchen, das mir den Wein gereicht hatte, ging nun nach dem Dorfe zu, aber sie ging sehr langsam und sah sich zuweilen um, als ob sie was vergessen hätte. Endlich blieb sie stehen und suchte etwas auf der Erde, aber ich sah wohl, daß sie, wenn sie sich bückte, unter dem Arme hindurch nach mir schielte. Ich hatte auf dem Schlosse Lebensart gelernt, ich sprang also geschwind herzu und sagte: „Haben Sie etwas verloren, schönste Ransell?“ — „Ach nein“, sagte sie und wurde über und über rot, „es war nur eine Rose — will Er sie haben?“ — Ich dankte und steckte die Rose ins Knopfloch. Sie sah mich sehr freundlich an und sagte: „Er spielt recht schön.“ — „Ja“, versetzte ich, „das ist so eine Gabe Gottes.“ — Die Musikanten sind aber hier in der Gegend sehr rar“, hub das Mädchen dann wieder an und stochte und hatte die Augen beständig niedergeschlagen. „Er könnte sich hier ein gutes Stück Geld verdienen — auch mein Vater spielt etwas die Geige und hört gern von der Fremde erzählen — und mein Vater ist sehr reich.“ — Dann lachte sie auf und sagte: „Wenn Er nur nicht immer solche Grimassen machen möchte mit dem Kopfe, beim Geigen!“ — „Neuerste Junger“, erwiderte ich, „erstlich: nennen Sie mich nur nicht immer Er; sodann mit dem Kopfstreulichen, das ist einmal nicht anders, das haben wir Virtuosen alle so an uns.“ — „Ach so!“ entgegnete das Mädchen. Sie wollte noch etwas mehr sagen, aber da entstand auf einmal ein entsetzliches Gepolter im Wirtshause, die Haustür ging mit großem Getöse auf und ein dünner Kerl kam wie ein ausgeföhner Ladestock herausgeschossen, worauf die Tür sogleich wieder hinter ihm zuschlugen wurde.

Das Mädchen war bei dem ersten Geräusch wie ein Reh davongesprungen und im Dunkel verschwunden. Die Figur vor der Tür aber raffte sich hurtig wieder vom Boden auf und fing nun an mit solcher Geschwindigkeit gegen das Haus loszuschimpfen, daß es ordentlich zum Erstaunen war. „Was!“ schrie

er, „ich besoffen? ich die Kreidestriche an der verräucherten Tür nicht bezahlet? Lösch sie aus, lösch sie aus! Hab ich Euch nicht erst gelteht über'n Kochlöffel barbiert und in die Nase geschmittet, daß Ihr mir den Köffel morsch entzwei gebissen habt? Barbieren macht einen Strich — Kochlöffel, wieder ein Strich — Wasser auf die Nase, noch ein Strich — wieviel solche hundsstößliche Striche wollt Ihr denn noch bezahlet haben? Aber gut, schon gut, ich lasse das ganze Dorf, die ganze Welt ungeschoren. Laufst meinewegen mit euren Vätern, daß der liebe Gott am jüngsten Tage nicht weiß, ob Ihr Juden seid oder Christen! Ja, hängt euch an euren eigenen Vätern auf, ihr göttigen Landbären!“ Hier brach er auf einmal in ein jämmerliches Weinen aus und fuhr ganz erdärmlich durch die Fittel fort: „Wasser soll ich kaufen, wie ein elender Frit? Ja das Nächstenliebe? Bin ich nicht ein Mensch und ein ausgeleerter Feldscher? Ach, ich bin heute so in der Klage! Mein Herz ist voller Nahrung und Menschenliebe!“ Bei diesen Worten zog er sich nach und nach zurück, da im Hause alles still blieb. Als er mich erblickte, kam er mir ausgetretenen Armen aus mich los, ich glaube, der tolle Kerl wollte mich einbrautieren. Ich sprang aber auf die Seite, und so stolperte er weiter, und ich hörte ihn noch lange, bald grab, bald sein, durch die Finsternis mit sich diskutieren.

Mir aber ging mancherlei im Kopfe herum. Die Junger, die mir vorher die Rose geschenkt hatte, war jung, schön und reich — ich konnte da mein Glück machen, ehe man die Hand umkehrt. Und Sammel und Schweine, Ruter und fette Gänse mit Pfeffeln gestopft — ja, es war mir nicht anders, als sah' ich den Portier auf mich zukommen: „Greif zu, Einnehmer, greif zu! Jung gefr'it hat niemand gereut, wer's Glück hat, führt die Braut heim, bleibe im Lande und nähre dich tüchtig.“ In solchen philosophischen Gedanken setzte ich mich auf dem Plage, der nun ganz einsam war, auf einen Stein nieder, denn an das Wirtshaus anzuklopfen getraute ich mich nicht, weil ich kein Geld bei mir hatte. Der Mond schien prächtig, von den Bergen rauschten die Wälder durch die stille Nacht herüber, manchmal schlugen im Dorfe die Hunde an, das weite im Tale unter Bäumen und Wäldchen wie begraben lag. Ich betrachtete das Firmament, wie da einzelne Wolken langsam durch den Mondschein zogen und manchmal ein Stern weit in der Ferne herunterfiel.

Seite
Wichtsam
den Vorh
als Zeuge
mann Dr.
Fischer, D
Dr. Benzl
und Amts
Lagen ver
dabin, daß
und den
wurde,
und dem
Klger mu
geflogten
strafung e
welchem d
überfritt
Landt
Ze nän
Wahlbezir
folchem A
Landtags
gangenen
Alle Fratt
Berjamul
Samstag
und Land
erfenmal
drungen.
— nur W
ner wurde
Rösch-De
keine statt
Abgeordn
heim in
waren jeh
Zentrums
stand es c
In Fab
bürger
wir eine
bestehend.
Berjamul
dauernden
tellen aus
das übrig
Genosse A
Wiech
wo wir h
hatten, sp
stark beju
50 erchie
sammlung
Kandidat
griff Herr
zu, daß di
Vertreter
finden e
gleichform
Sozialdem
es in feine
feuern. A
Langenau
berichtig
Bokale zu
Müller r
fession ga
demokrati
aus, daß
nicht gefu
sei, und d
besehlt a
Die 2
den Orter
schiden sie
was zu w
tation n
riale Libe
nur Rehy
anno 48?
Auch d
dem Blan
Anseinan
Berfchiede
lichen A
tischen M
zeigt die
sind durch
die Leute
„bergesse
Die
Das
Schuman
aber nicht
besetzt. I
Sahnte. I
ber Staats
a. Schön.
Reht die
die folgen
1. P
Sitzung
die Uebe
flaot als
Biligt e

Rechtsanwalts Mehger von Freiburg persönlich erschienen. Den Vorsitz führte Oberamtsrichter Dr. Welde in Stodach. Als Zeugen erschienen und wurden vernommen: Oberamtmann Dr. Strauß, Redakteur Dr. Lauer, Bürgermeister Fischer, Obergerichtsinspektor Fleischmann, Regierungsassessor Dr. Benzinger, Notar v. Diemer, diese von Donaueschingen und Amtsrichter Motzsch von Engen. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Urteil des Schöffengerichts Stodach ging dahin, daß Willibald zu hundert Mark Geldstrafe und den sämtlichen Kosten des Verfahrens verurteilt wurde. Das Urteil ist im „Donaueschinger Wochenblatt“ und dem „Donauboten“ zu veröffentlichen. Der Privatkläger wurde von der Widerlage freigesprochen, dem Antrag auf Verurteilung des Angeklagten wurde der Schutz des § 193 zugewilligt. Die Verurteilung erfolgte nur wegen eines Artikels in Nr. 134, in welchem die Grenzen der Wahrung berechtigter Interessen überschritten worden seien.

Landtagsersatzwahl in Schoppsheim-Schönau.

Je näher der Wahltag kommt, je ruhiger wirds im Wahlbezirk. Es hat wohl noch selten eine Nachwahl mit solchem Aufgebot von Kräften stattgefunden wie diese. Die Landtagsabgeordneten haben den Wahlbezirk am vergangenen Samstag und Sonntag beinahe überflutet. Alle Fraktionen waren vertreten. Wir hielten eine Reihe Versammlungen in meistens überfüllten Lokalen ab. Am Samstag Abend sprach unser Kandidat Gen. Müller und Landtagsabg. Genosse Rößch in Akenbach. Zum erstenmal sind wir dort in die Zentrumsdomäne eingedrungen. Die Versammlung war von zirka 100 Personen — nur Arbeiter — besucht. Die Ausführungen beider Redner wurden beifällig aufgenommen. Am Sonntag sprach Rößch — Vörrach in Schönau und Neuenweg, beide Versammlungen waren sehr stark besucht; Diskussion fand keine statt. An Stelle des im Reichstag unabhörmlichen Abgeordneten Ged. sprach Genosse Süßkind. Mannheim in Zell und Fahrnaui; beide Versammlungen waren sehr stark besucht. In Zell gabs Diskussion mit Zentrumsleuten und Liberalen. Genosse Süßkind vertrat die ausgereizten, unseren Standpunkt zu vertreten. In Fahrnaui, wo Tags zuvor der Demofrat Heimrager in gut besuchter Versammlung sprach, hatten wir eine Rieserversammlung, aus nur Arbeitern bestehend. Süßkind und Rößch, welche während der Versammlung erschienen und auch mit eingriffen, erzielten dauernden Beifall. Kampfesmut und Begeisterung leuchteten aus den Augen der Arbeiter, der 30. Januar wird das übrige zeigen. Diskussion gab keine. Unser Kandidat Genosse Müller sprach am Sonntag Nachmittag in Wiesch in gut besuchter Versammlung. In Rangenau, wo wir bei der letzten Reichstagswahl die Mehrheit hatten, sprach unser Kandidat. Die Versammlung war stark besucht. Von etwa 70 Wahlberechtigten waren über 30 erschienen. Es war die erste sozialdemokratische Versammlung. Die beinahe zweistündigen Ausführungen des Kandidaten wurden oft von Beifall unterbrochen. Hier griff Herr Lehrer Deubel in die Diskussion ein. Er gab zu, daß die Sozialdemokraten in der Schulfrage die besten Vertreter seien und daß die Vermehrung der Unterrichtsleuten eher einer Verschlechterung als einer Besserung gleichkomme. Auch in den übrigen Fragen mußte er den Sozialdemokraten recht geben. Genosse Müller verstand es in seinem Schlusswort, die Wähler für den Kampf anzufeuern. Wir bitten die Genossen von auswärts, in Rangenau den „Maien“ und in Akenbach den „Adler“ zu berücksichtigen. An beiden Orten standen uns noch nie lokale zur Verfügung. Am Montag Abend sprach Genosse Müller in stark besuchter Versammlung in Gafel. Diskussion gab keine. Nur wurde angefragt, wo der sozialdemokratische Kandidat herstamme. Genosse Müller führte aus, daß auch die Sozialdemokraten einen Mann im Bezirk gefunden haben, der Bürger der Stadt Schoppsheim sei, und daß dessen Vorfahren seit mehr als 100 Jahren daselbst ansässige Bürger waren.

Die Liberalen machen riesige Anstrengungen. An den Orten, wo wir ziemlich Stimmen zu erwarten haben, schiden sie Demokraten ins Feuer, diese sollen retten, was zu retten ist, denn das liberale Lehren-Agitationsskomitee zieht nicht mehr recht. Es schießt viele Liberale ab, daß die Wahlanfrage der Partei mit nur Lehrern unterzeichnet sind. Wie fangen die Bürger anno 48? „36 Professoren, Deutschland, du bist verloren.“ Auch die Zentrums-Bündler erscheinen jetzt auf dem Plan. An verschiedenen Orten kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, zwischen Liberalen und Bündlern. Verschiedenerorts hätte man sich bald den handgreiflichen Wendis über die Wichtigkeit der verschiedenen politischen Anschauungen beigebracht. Wahrscheinlich wirds bis zum Wahltag noch interessant werden. Im allgemeinen zeigt die Nachwahl reges Interesse; die Versammlungen sind durchweg gut besucht; es ist für uns kein Schaden, daß die Leute zu uns kommen. Was die Gegner zu erwähnen „vergessen“ (!), holen wir gründlich nach.

Die Wahlrechts-Interpellation im Reichstag.

(96. Sitzung.) Berlin, 23. Jan.

Das Reichstagsgebäude ist von allen Seiten von dichtem Schumannscharfen umstellt. Menschenansammlungen finden aber nicht statt. Der Sitzungssaal und die Tribünen sind stark besetzt. In der Hofloge sieht man den Generaladjutanten von Hofknecht. Am Bundesratsstisch sitzt der Reichskanzler Fürst Bülow, der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und der Staatssekretär v. Schön. Der Reichstag ist gut besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Verhandlung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation.

Die Wahlrechts-Interpellation im Reichstag.

1. Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet, und 2. billigt es der Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 13. Januar

in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einverruenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaiger Angriffe Militär in den Kasernen konfiguriert war?

Nach Eröffnung der Sitzung fragt der Präsident den Reichskanzler, ob er die Interpellation beantworten will.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Fürst Bülow: Ich habe folgendes zu erklären: Zu Punkt 1 der Interpellation habe ich keine Veranlassung, auf die Verhandlungen über die Stellung der Regierung zum Landtagswahlrecht Preußens einzugehen, da dieser Gegenstand eine der Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preussischen Staates darstellt. (Lebhafte Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Zu Punkt 2 der Interpellation: Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse sind von der Berliner Polizei am 12. Januar jene Maßregeln ergriffen worden, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf der Straße abzuwehren. Insofern Truppenteile in den Kasernen zusammengezogen worden sind, ist die Ausübung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können. (Lebhafte Bravo rechts, Widerspruch links.) Ich muß hiernach die Beantwortung der Interpellation ablehnen. Ich habe ferner zu erklären: Gestern ist es zu neuen Zusammenstößen zwischen einer demonstrierenden Menge und der Polizei gekommen. Es mußte dabei wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werden. (Lebhafte Pfui-Mufe links, in denen die letzten Worte des Reichskanzlers verloren gehen.) Gegenüber diesen Vorgängen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus, unabhängig von der vorliegenden Interpellation, als Reichskanzler ein Wort erster Mahnung in das Land hinauszuweisen. (Lebhafte Bravo rechts.) Die Politik ist auf die Straße getragen worden. Die Parteien bedürfen aber nicht der Straßentumulte, um ihre Stimmen vernehmen zu lassen. (Lebhafte Sehr richtig! rechts.) Die Straße gehört dem freien Verkehr (Lebhafte Zustimmung rechts) nach dem Gesetz der öffentlichen Ordnung. Dieses Gesetz als das seine anzusehen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. (Lebhafte Sehr richtig!) Und dem Gesetz Achtung zu verschaffen und wenn es sein muß, zu erzwingen, diese Befugnis ist die Pflicht der Behörde. Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird so geregelt werden. (Lebhafte Bravo! rechts, Widerspruch links.) Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren die Herrschaft über die Straße in Anspruch nehmen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irreführenden Klasse (Lebhafte Bravo! rechts, Widerspruch links) einer pflichterfüllenden Regierung irgend etwas abtrotzen könnten. (Lebhafte Bravo! rechts.) Das wird in Deutschland nie und nirgends der Fall sein. (Erneutes Bravo! rechts.) Ich habe die Zusage gemacht, daß sämtliche bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Beurteilung und Zurückweisung dieses bisherigen Anfalls. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die sozialdemokratische Partei hat mit ihren Demonstrationen vom 12. Januar eine abschließende Bahn beschritten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen (Lebhafte Zustimmung rechts) und richte namentlich an die Arbeiterbevölkerung die ernste und aus einem wohlmeinenden Herzen kommenden Mahnung, (Lebhafte Zustimmung rechts, Rachen bei den Sozialdemokraten) jawohl, ich habe ein sehr warmes Herz für die Arbeiterbevölkerung. Also ich richte die ernste Mahnung an sie, sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abbringen zu lassen und nicht für Parteisanftifter und Geher die eigene Haut zu Markte zu tragen. (Lebhafte wiederholtes Bravo! rechts, Widerspruch links.) Die Verantwortung für die Folgen würde nicht die Regierung, würden nicht die Bürger zu tragen haben, sondern die Anstifter und Verführer. (Lebhafte Bravo! rechts, Widerspruch links.)

Gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation. Der Reichskanzler mit den Staatssekretären und Kommissaren verläßt den Saal. Es herrscht zunächst große Unruhe.

Nach einer Erklärung des Reichskanzlers ergreift Abg. Fischer (Soz.)

das Wort. Er erinnert an den Artikel der „Kreuzzeitung“, die der Beantwortung der Interpellation das Wort geredet hat. Vielleicht hat man es diesem Artikel zu danken, daß der Reichskanzler wenigstens selber erschienen und keine Erklärung verlesen hat. Die formelle Berechtigung zur Konfiguration des Militärs am 10. Januar bestand allerdings. Wir fragen aber, ob ein berechtigter Anlaß dazu war. Es ist davon gewornt worden, daß es haben trotzdem Anommlungen stattgefunden. Ist das etwas Schlimmes und Unrechtes? Die Herbolität der Polizeibeamten ist an allem schuld. Wie will man sonst den Angriff auf das Haus der Metalarbeiter aetern rechtfertigen? Dort ist die Polizei in das Haus eingedrungen und hat die Beamten, die ihr Hausrecht wahren wollten, angegriffen. Die Straße gehört dem freien Verkehr. Schäm! Wer hat das in der Wahlmacht voriges Jahr getan? Hat nicht damals der Kaiser ausdrücklich den Wunsch geäußert, er wolle mehr Volk sehen? Und da will der Reichskanzler hier Moral predigen? Ueber das wohlmeinende Herz dieses Reichskanzlers werden die deutschen Arbeiter lachen. Zu dem Hohn noch die Gesundheit auflösen, auf den Leim gehen die deutschen Arbeiter nicht (Präsident Graf Stolberg erteilt dem Redner einen Ordnungsstraf. Wir haben unsere Interpellation gestellt aus Anlaß der Erklärung des Fürsten Bülow im preussischen Abgeordnetenhause. Er hat dort erklärt, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem „Staatswohl nicht entspricht“. Das muß doch im höchsten Grade befremden. Bisher hätte man es für unmöglich gehalten, daß von dem ersten Beamten des Reichs das Reichstagswahlrecht als dem Staatswohl widersprechend bezeichnet wurde. Da nicht gerade der Reichskanzler die Pflicht, diese Einrichtung zu verteidigen, statt sie herabzuwürdigen u. damit aus den Reichstag herab zu legen? Eine solche Erklärung muß doch die Folge, wenn nicht den Zweck haben, daß alle Gegner des Reichstagswahlrechts diesem ihre Feindschaft öffentlich betätigen. Da nicht Graf Mirbach schon im Herrenhaus direkt zum Verfassungsbruch aufgefordert, indem er die Fürsten aufforderte, unabhörmlich den Reichstag auf Grund eines neuen Wahlgesetzes einzuberufen? Hat er nicht gesagt, man müsse den nordischen Knoten durchhauen? Bednliche Aeußerungen sind in den Hamburger Nachrichten laut geworden, ohne daß ein Staatsanwalt daraus einen Anlaß genommen hätte, eine Anklage wegen Hochverrats einzuleiten. Auch Fürst Bismarck hat, wie Fürst Hohenlohe berichtet, ähnliche Staatsverleumdungen gebahrt. Aber der Kaiser wollte seine Regierung nicht damit anfangen, seine Untertanen totzuschießen. Die Wichtigkeit dieser Tatsache ist bestritten worden, aber sie steht fest und wird u. a. von Prof. Delbrück bestätigt. Sie stimmt auch zu manchen Aeußerungen, welche Fürst Bismarck über die Gefährlichkeit des allgemeinen Stimmrechts geäußert gemacht hat. Namentlich hat auch Miquel an die Vereitelung des allgemeinen Wahlrechts gedacht, um der Herrschaft des Zen-

trums zu entziehen. Sollten wir unter diesen Umständen nicht auch das Recht haben, zu verlangen daß der Reichskanzler keine Ansicht von der Staatsfeindlichkeit des allgemeinen Wahlrechts begründe? Was ist überhaupt Staatswohl? Die Konserwativen verstehen darunter die politische und wirtschaftliche Herrschaft der Junker. (Rachen.) Aber im Kampfe gegen die, der eigentlich die historische Aufgabe des liberalen Bürgertums wäre, hat dieses die Arbeiter im Stich gelassen. Durch die Erklärung des Reichskanzlers im Landtage ist ein Gegensatz zwischen Nord und Süd geschaffen. Ich möchte einmal wissen, was die Vertreter der süddeutschen Bundesstaaten zu dieser Erklärung gesagt haben. Sie ist eine Disreditierung der süddeutschen Staatseinrichtungen. Allen der Geldbeutel dominiert in Preußen. Um das Wahlrecht noch schlechter zu machen, wie es schon ist, hat man noch eine Wahlkreiserteilung zu Gunsten der Agrarier. Das jetzige preussische plurokratische Wahlrecht bringt es mit sich, daß Minister in der dritten Klasse wählen müssen, während der Vorbesitzer in Altona zur ersten Klasse gehört. Ein solches Wahlrecht sucht der Reichskanzler zu verteidigen, und das läßt einen Schluß auf seine Gesinnung zu. Von Liberalismus ist bei ihm nicht eine Spur zu merken. Sogar gegen die geheime Wahl wendet sich der Reichskanzler der „liberalen Vera“. Wie weit zurück ist doch noch Preußen! Selbst das von kleinstem Volkstheil regierte Sachse hat die geheime Wahl. Gegen das geheime Wahlrecht wendet sich ein Reichskanzler, der noch vor einigen Jahren bei der Einführung der Wahlzellen das geheime Wahlrecht lobte. (Hört! hört!) Auch die Konserwativen halten fest an diesem Dreiklassenwahlrecht mit öffentlicher Abstimmung. Bei unierer Vertretung der geheimen Wahl berufen wir uns auf den Thronfolger von Bayern, der erklärt hat, die geheime Wahl sei der Schutz der Schwachen gegen die Starlen. Bei der öffentlichen Wahl gäbe es gewissenlose Menschen genug, die Untergebene zwängen, anders zu wählen, als diese wählen möchten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Auffassung steht doch in krafftem Widerspruch zu der Auffassung der Junker und des deutschen Reichskanzlers. Der künftige König von Bayern hat erklärt, daß wir uns glücklich schätzen könnten, im Reich ein Wahlsystem zu besitzen, das den Interessen unseres Volkes entspricht und den Frieden schafft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vergleiche man damit die Erklärung des Reichskanzlers! Niemals hat ein Reichskanzler es gewagt, uns vor aller Welt einen Gegensatz zwischen Süd und Nord zu konstruieren und die Junterpolitik zu verteidigen. (Lebhafte Zustimmung links.) Das beweist doch, daß der Reichskanzler selbst konserwativ ist, durch und durch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bülow ist nur der Vertrauensmann der Agrarier und er hat sich dafür auch einen agrarischen Leichenstein gewünscht. Wenn die Freikämmling und süddeutschen Demokraten jetzt immer noch von diesem Reichskanzler und seiner liberalen Verwaltung entzückt sind, dann mögen sie es sein. Sie werden aber die Antwort von ihren Wählern bekommen. Zu kann es nicht verstehen, wie der Abg. Hübner bei der Erklärung Bülows noch sagen kann, die Haltung der Regierung sei „erfreulich“. Das erinnert mich an eine Anekdote in einem süddeutschen Blatt. Dort wird geschildert, wie Moies nach Hause kommt und hocherfreut erklärt, der König habe mit ihm gesprochen. Als sein Vater fragt, was denn der König gesagt habe, antwortete Moies: Er sagte, geh weg, du dreidiger Judenjunge! (Wintur-langes Gelächter.) Die Nationalliberalen möchte ich bei ihrer Haltung an ein Wort ihres verstorbenen Führers Bennigen erinnern. Bennigen hat erklärt, daß das alte, geheime und direkte Wahlrecht mit dem deutschen Kaiserum an einem Tage geboren sei, und daß dieses Wahlrecht die Grundlage und die Reichsversicherung bilde. Wer an diesem Wahlrecht rüttelt, der gefährde den ganzen Bau des Reichs. Selten hat aber eine Partei schwächer gezeit, als die Freikämmling am 10. Januar. Die Freikämmling haben ja nicht einmal die Entschuldigung ihrer Haltung, daß sie von der Bülowischen Erklärung überreicht gewesen seien; sie haben ja die Erklärung bereits am Abend vorher gelannt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Freikämmling werden die Antwort bei ihren Wählern schon finden, und wenn die Freikämmling nicht eine Aenderung ihrer Haltung annehmen, dann hören sie auf, eine Partei zu sein. Das Zentrum rühmt sich immer seiner Freundschaft für das Reichstagswahlrecht, aber was tut denn das Zentrum, um dieses Wahlrecht in Preußen einzuführen? Wo sind denn Ihre Versammlungen, wo bleibt Ihre Agitation? Es ist die Pflicht des Zentrums, dem bestehenden Zustand mit allen Mitteln ein Ende zu machen und dem Volke zu geben, was es nötig hat. Damit bin ich mit dem ersten Teil meiner Begründung zu Ende. (Rachen und Heiterkeit.)

Der Redner wendet sich sodann zu dem zweiten Teil der Interpellation, in dem das Zuziehen von Militär am 12. Januar beurteilt wird. Aus welchem Grunde ist denn die Konfiguration erfolgt? Nach dem Worte des Reichskanzlers aus Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit. Wo war eine Ruhe und Sicherheit am 10. und 12. Januar gefährdet? Alles war ruhig und still. Die auf der Rechten mögen es nicht gern gesehen haben, wie die Masse durch die Straßen zog, um in die Versammlungen zu gehen.

Die Klassen, die von dem Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben gar kein anderes Mittel, als Demonstrationen, um ihr Recht zu erreichen.

Selbst der Abg. Roumann hat gesagt, daß den entrechteten Massen kaum etwas anderes übrig bleibe, als zu solchen Demonstrationen zu greifen, und hat darauf hingewiesen, daß in allen Staaten solche Folgen eingetreten sind, wenn man dem Volke sein Recht vorenthält. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Arbeiter haben am 10. und 12. Januar nichts anderes getan, als die deutschen nationalen Handlungsgehilfen während der Wahl na. it.

Diese durften bis zum Kaiserlichen Schloß ziehen. Den Arbeitern wehrt man das. Warum darf der Arbeiter nicht dem Kaiser folgen, was er will. Wir haben am 12. Januar zu vertausende im ganzen Land versammelt, um gegen das preussische Wahlrecht zu demonstrieren. Wenn dann diese Massen ruhig, ohne Waffen auf die Straße zogen, wer ist dadurch gefährdet? Würde das Militär auch zugezogen werden, wenn die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts demonstrieren! Ich glaube nicht. Das Vorgehen der Polizei, durch welche erst die Ruhe gestört wurde, zeigt, daß zweierlei Recht in Deutschland besteht. Nirgends ist die Ruhe gestört worden, bevor nicht die Polizei mit dem Säbel dazwischen schlug. (Sehr richtig! b. d. Sozialdem.) Es ist ein Armutzeugnis der preussischen Regierung, daß sie am 12. Januar nichts anderes wußte, als die Berliner Polizei zu ihrem Vorgehen zu zwingen. Der Chef der Berliner politischen Polizei hat im Jahre 1906, am Tage vor den Massenversammlungen, gesagt, daß er nicht an Ausschreitungen glaube, und wenn es zu solchen kommen würde, dann seien es nicht die Sozialdemokraten. Ein Hauptmann vom Eisenbahregiment hat erklärt, als er seine Soldaten darauf aufmerksam machte, daß sie unter Umständen morden müßten, daß sie nicht glauben sollten, die Ergebenen seien Sozialdemokraten. Der Kaiser selbst hat am 20. Januar 1906 der Schutzmannschaft gedankt für ihren Takt und maßvolles Verhalten. Wir schließen uns diesem Dank an und danken der Polizei dafür, daß sie damals von den Straßen fernblieb und die Versammlungsbefucher ruhig ihres Weges gehen ließ. Diesmal ist es anders. Da wird gedankt für das schmeibige Vorgehen. So gut, wie die Antisemiten am 25. Jan. „Die Nacht am Rhein“ singen konnten, so gut konnten die Arbeiter bei ihrer Demonstration

Seite 2.
r (frei) feind
ns Gericht
ung des Pre
hm einen
er der Vorla
er auffallend
s Ministers
eraldirektor
lung zu: We
kommission
mitzueilen, b
von Karlsruhe
lmäßigen An
ff insbesonde
hlander (Kar
den verpöblich
n Laufe gefö
lebelstände
D. I. M. ab
von Karlsruhe
n durchgeführt
noch frühzeitig
eicht. Was die
erre bei der
ch anlangt, ist
daß eigentlic
sind 2 Spre
in dritter (für
seit 2. Januar
rlich—Wiffen
in Zusammen
nen steht, wurde
n Bedürfnissen
rif.
ervereint
n das Staats
ndung beige
Revision des
Rehrer in den
elle und damit
in den Besä
gleichzeitigen
ber nichtet
er unabhängigen
zeitgemäße
bindung beige
Prozeß
Amtsgerichts
ivaklage
s Wille
Redakteur und
er Tagblatt“
das Schöffen
land der Reich
der Stiche
er. Nach der
narisch ausge
Wittemanns
r hinter den
niferprozeß
n. Der Pri
er war durch
anz und Dr.
Angeklagte
leitung des
ächerten für
ich Euch nicht
se geschritten.
? Werbieren
— Wloder
hundsstöße
schon, ich
horen. Rauf
t am jüngsten
Ja, hängt auch
ären!“ Hier
aus und fuhr
ich laufen.
Bin ich nicht
ich bin heute
nd Menschen
sch zurück, da
erm it aus
Reel wollte
und so stal
id grob, daß
Die Jungfer
hön und reich
nd umfekte.
mit Wepfels
den Worter
f auf Jung
et die Braut
solchen philo
ner nun ganz
irtsbaus an
er mir hatte.
die Wälder
m Dorfe die
Konfession
wie da ein
nd mandmal

die Maréchalite fingen, ohne daß deshalb das Militär in den Kasernen konzentriert zu werden brauchte, und wenn neulich ein oder zwei Schüsse gefallen sind, so haben wir alle Verantwortung zu fragen, wer hat ein Interesse daran? Die Sozialdemokratie jedenfalls nicht. Aber das System der Lockspiegel hat in der Vergangenheit der preußischen Polizei eine zu große Rolle gespielt, als daß man nicht mißtrauisch sein sollte. Ich möchte nach allem, was wir von der Berliner politischen Polizei wissen, fragen: Ist der politische Polizei so etwas zuzutrauen? (Zurufe rechts: Nein!) Ueberall im Lande sind die Demonstrationen friedlich verlaufen. So gut wie wir am 12. Januar Demonstration gemacht haben, werden wir zu uns passend erscheinender Zeit wiederum Demonstration für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht veranstalten. Ueberall, in England, Belgien, Frankreich finden solche politische Demonstrationen statt. Das muß auch bei uns möglich sein und wir wollen das Risiko, solche friedliche Demonstrationen zu veranstalten, auf uns nehmen. Mit Entrüstung hat der österreichische Ministerpräsident Febr. v. Gautsch es abgelehnt, auf friedliche Demonstrationen zu schießen. Das ist vor einigen Jahren in Rußland geschehen, als friedliche Demonstrationen unter Führung eines Priesters zum Tode zogen. Die Arbeiter brauchen das allgemeine Wahlrecht. Es ist ihr Lebensinteresse. Mit welchem Recht verweigert der Reichstanzler den von ihm selbst als die intelligentesten Arbeiter bezeichneten deutschen Arbeitern eine solche politische Forderung? Redner zitiert die Worte, mit denen der österreichische Ministerpräsident für die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts eingetreten ist. An das Ende der Verachtung möchte ich die Frage stellen: Was muß das Ausland von den innerpolitischen Vorgängen bei uns denken, wenn man durch Konzentration des Militärs den Eindruck erweckt, als ob wir vor dem Ausbruch einer Revolution stünden. Ein erfolgreicher Krieg ist heute nicht mehr denkbar, ohne daß die Regierung die Massen des Volkes hinter sich hat. Deshalb ist es absolut notwendig, dem Volke das allgemeine geheime Wahlrecht zu gewähren.

Präsident Graf Stolberg ruft nach Einsicht in den stenographischen Bericht der Rede des Abg. Fischer diesen nachträglich zur Ordnung, weil er im Anfang seiner Rede der Polizei Insamie vorgeworfen hatte.

Abg. Arath (konf.) erklärt, seine Partei lehne es ab, auf die preußische Wahlrechtsfrage hier einzugehen. Die Interpellanten hätten gar nicht das Recht, den Reichstanzler hier wegen seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus zur Verantwortung zu ziehen. Der Interpellant habe auf die Demonstration der Handlungsgehilfen hingewiesen am 26. Januar und 19. Febr. v. J. Er übersehe da den Unterschied der Gesinnung. (Lebhafter Beifall links: Nun also, hört, hört!) Ja, bei Ihnen handelt es sich darum, ein Recht auf die Straße zu erzwingen, damals dagegen handelte es sich um Ovationen und diese werden wohl niemanden in der Nachtruhe gestört haben. Unter Beifall und Heiterkeit hält Redner dann den Führern vor, „natürlich denen außerhalb des Hauses“ (stürmische Heiterkeit), wie sie bei solchen gefährlichen Anlässen ihre schäblichen dogmatische Kraft mit dem Mut der Vorsicht fernhielten. (Widerspruch links.) Eine Ausnahme habe Genosse Ledebour gebildet an der „einsamen Pappel“. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn man Weiber und Kinder vorausschickte (stürmische Unruhen bei den Sozialdemokr.), Aufse: Gemeinheit, Polizei-Ruß, herunter von der Tribüne. Vergewaltigtes Einschreiten des Vizepräsidenten Kampf mit der Glode, der Lärm dauert minutenlang. Endlich schließt Redner damit, er habe das Vertrauen, daß, wenn die Demonstrationen fortzuwähren sollten, die preußischen Behörden unbeeinträchtigt vorgehen würden. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Graf Sompf (Zentr.) bezieht eine kurze Erklärung des Inhalts: In einem Staatswesen, in dem allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht, allgemeine Steuerpflicht herrsche, müsse es wie ein Widerspruch erscheinen, wenn einzelne Teile der Bevölkerung durch das Wahlsystem von der Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen sind. Dieser Widerspruch muß um so peinlicher wirken, je länger er aufrecht erhalten wird. Das Zentrum erachtet daher die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als Notwendigkeit. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Baffermann (natl.) erklärt, im Reich habe seine Partei an dem bestehenden Wahlrecht fest. Was die vorliegende Interpellation anlange, so sei seine Fraktion der Meinung, daß der Gegenstand derselben, das preußische Wahlrecht, Landesache sei. Deshalb lehne sie es ab, in die einschlägigen Erwägungen ihrer Freunde im preußischen Landtage hineinzureden. Daß Demonstrationen die Reform des preußischen Wahlrechts fördern, das könne man doch wohl nicht glauben. Daß in diesem Falle die Demonstrationen planmäßig organisiert wurden, sei zweifellos und da hätte die Polizei unverantwortlich gehandelt, wenn sie nicht ebenfalls planmäßig vorgegangen wäre, um ein Eindringen so großer Massen in die innere Stadt zu verhindern. Auch die Konzentration der Truppen könnte nur die Billigung seiner Freunde finden und er hoffe, daß auch in Zukunft bei uns alles geschehen werde, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Träger (fr. Sp.) erklärt, der bei der Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus von ihm vertretene Standpunkt sei auch mit vollem Grunde von allen seinen Freunden geteilt worden. Der Interpellant Fischer habe das mit Unrecht bezweifelt. Seine Freunde ständen auf dem Standpunkt, daß das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht das richtige Wahlrecht sei, nach wie vor, auch jetzt. Das gegenwärtige preußische Wahlrecht habe und zeitige Mängel, die jeder Befreiung spotten. Das Reich habe großes Interesse an einem vernünftigen, modernen und auf Gerechtigkeit basierenden Wahlrecht in den Einzelstaaten. Die Erklärung des Reichstanzlers am 10. Januar sei jedenfalls hinter allen seinen Hoffnungen und denen seiner Freunde weit zurückgeblieben. Redner verbreitet sich weiter über das Erfordernis der geheimen Wahl. Bestreblich sei es, wenn der höchste Reichsbeamte, derselbe Mann, der mit dem Reichswahlrecht doch sehr zufrieden sein könnte, behauptet habe, daß dieses Reichswahlrecht dem Staatswohl widerspreche. Sie, nach links, wollen doch für ein besseres Wahlrecht Anhänger werden, aber mit der Art Ihrer Demonstration werden Sie nicht, sondern verschonen Sie Anhänger. Ich hoffe und wünsche, daß auch die preußische Regierung bald zu der Ueberzeugung kommen möge, daß die Gewährung des Reichswahlrechts auch für Preußen nicht ein Schaden, sondern ein Nutzen sein wird. (Beifall.)

Erzbring Hohensolms-Langenburg (Kosp. d. Rp.) erklärt, es entspringe dem föderativen Charakter des Reiches, daß die verschiedenen Einzelstaaten verschiedene Wahlrechte haben. Mit seinen Freunden meine er, es sei nicht abzuerkennen, daß das Reich auf wichtige Rechte der Einzelstaaten einen Einfluß ausüben werde. Eine solche Beeinflussung würde nicht verfassungsgemäß sein. Die Straßendemonstrationen beurteilt Redner. Der Polizei sei man größtes Dank schuldig, ebenso der Regierung dafür, daß sie rechtzeitig für Konzentration des Militärs gesorgt habe. (Wiederholter Beifall rechts.)

Abg. Kölle (Wirtsch. Vg.): Nach unserer Meinung verfährt die

Interpellation gegen die Reichsverfassung und ist daher nur geeignet, das Ansehen des Reichstags zu schädigen. (Zustimmung rechts und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß wir uns nicht in die Angelegenheiten des preußischen Bundesstaates einmischen dürfen (Lachen bei den Sozialdemokraten), und als Mitglied des preußischen Landtages erkläre ich, daß ich mir ein solches Einmischen verbitte. (Lachen bei den Sozialdemokraten, das sich zu allgemeiner Heiterkeit steigert, als der Redner, der immer nur stösend gesprochen hat, offenbar nicht weiter kann und sein Manuskript hervorholt. Es werden einige Aufse: lauter! gehört und der Präsident sucht durch Klingeln vergeblich die Ruhe wiederherzustellen. Als der Redner nun Miene macht, die Fortsetzung seiner Rede abzulesen, ruft der Präsident ihm einige Worte zu, worauf der Redner unter Schloßlachen der Sozialdemokraten die Tribüne verläßt und schwankenden Schrittes sich auf seinen Platz begibt.)

Abg. Schrader (Freif. Vg., schwer verständlich): Ich halte die Frage nicht für so schwierig wie der Vorredner, sobald er daraufhin verwirrt wurde. (Zuruf aus der Wirtsch. Vereinigung: Es ist ihm übel geworden, Sie sollten sich schämen!) Ich glaube, daß hier im Reichstage zum Ausdruck kommen muß, daß das preußische Wahlrecht nicht mehr den bestehenden Verhältnissen entspricht. (Sehr richtig! links.) Das jetzige preußische Wahlrecht macht den größten Teil des preußischen Volkes geradezu rechtlos. Die Verhältnisse in Preußen entsprechen auch nicht dem Interesse des Reiches und darum haben wir ein Interesse daran, daß in Preußen die Verhältnisse anders werden. Ferner haben wir auch ein Interesse daran, daß in dem Reichstanzler nicht zwei Seelen wohnen. Auch die Konservativen sollen zu der Einsicht kommen, daß diese Zustände auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. Jetzt können sie es noch freiwillig geben, während dann schließlich der Augenblick kommt, wo es ihnen genommen wird. Es kann die Zeit kommen, wo der preußische Staat das Bedürfnis hat, seine Bürger eng aneinander zu schließen und dann wird er die Windermittelten als Gleichberechtigte anerkennen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, der Reichstanzler sollte doch einmal genau prüfen, ob er nicht eine Wendung in seiner jetzigen Anschauung herbeiführen soll. Die Demonstration der Sozialdemokraten kann ich nicht billigen, damit werden Sie (zu den Sozialdemokraten), wie die Dinge jetzt liegen, nichts erreichen. Ich schlicke mich daher auch der Meinung an, von solchen Demonstrationen zu lassen. Wir wünschen, daß das preußische Wahlrecht geändert wird, vielleicht nicht ganz im Sinne des Reichstagswahlrechts, aber doch in der Richtung des Reichstagswahlrechts. Zu diesem Zwecke werden die Parteien, die eine solche Aenderung wollen, eine Agitation einleiten und wir hoffen, daß die Agitation von Erfolg begleitet sein wird. Wir werden jedenfalls nicht davon ablassen, das Reichstagswahlrecht zu fordern. (Lebhafte Beifall links.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß der Abg. Kölle an einem Herzleiden erkrankt ist. Abg. Schrader erklärt darauf, daß er seinen Scherz gegenüber dem Abg. Kölle zurücknehme.

Abg. v. Payer (D. Vpl.): Ich wünsche dem Abg. Kölle recht baldige Genesung. (Beifall rechts.) Die süddeutsche Bevölkerung ist durch die Erklärung des Reichstanzlers in eine außerordentliche Erregung geraten. Gemäßigte Liberale sind dadurch in den Zustand direkter Empörung versetzt. (Hört! hört!) Man hat das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht lieb gewonnen, und wir haben auch die besten Erfahrungen mit ihm gemacht. Daher ist es begreiflich, daß sich eine Entrüstung in Süddeutschland breit macht über die despektierliche Kritik an diesem Reichstagswahlrecht. Eine solche Despektierlichkeit liegt in der Behauptung, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts für Preußen nicht dem Staatswohl entspricht. Wir haben dieses Wahlrecht. Sind wir denn nicht auch im Interesse des Staatswohles tätig oder hält man uns nicht für fähig, das zu erkennen, was der Preuze erkennt. So hätte der Reichstanzler und die preußische Regierung nicht reden sollen. (Sehr richtig! links.) So hätte er nicht reden sollen, weil in seinen Worten ein Verbit über das Reichstagswahlrecht liegt. (Sehr richtig!) Das geheime Wahlrecht wird als ein Stiel politischer Moral bei uns in Süddeutschland betrachtet. (Lebhafte Zustimmung.) Daß sich der Reichstanzler gegen das geheime Wahlrecht ausspricht, hat in Süddeutschland gewirkt wie ein Schlag ins Gesicht und hat das Gesicht ausgelächelt, daß in Preußen Rückständigkeit herrsche. (Lebhafte Zustimmung links.) Als Württemberger bin ich nicht an der Gestaltung des preußischen Wahlrechts interessiert, wohl aber als Deutscher. (Sehr richtig! links.) Es ist nicht dasselbe, ob es sich bei der Einführung eines Wahlrechts um Preußen oder einen kleinen Staat handelt. Die kleinen Staaten haben so wenig Einfluß, daß man sie anders betrachten muß, als das mächtige Preußen. (Zustimmung links.) Man muß doch auch bedenken, daß der Reichstanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist und wir haben oft schon bemerkt, wie unangenehm der preußische Ministerpräsident auf den preußischen Reichstanzler abgefärbt hat. Die preußische Regierung leitet außerdem die Geschäfte des Reiches und ist im Bundesrat der Mehrheitsführer. (Sehr richtig! links.) Sie bringt die Vorlagen im Bundesrat ein oder wenn sie es nicht tut, drückt sie ihnen ihren Stempel auf. Wir wollen uns nicht mutwillig in preußische Angelegenheiten einmischen; wir respektieren das Selbständigkeitsgefühl des größten deutschen Bundesstaates, wenn es uns auch oft recht unangenehm wird. Aber wenn es uns brennt, dann blasen wir. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen garnicht mitbestimmen, welches Wahlrecht in Preußen eingeführt werden soll. Wir erheben aber dagegen Einspruch, daß man uns den Mund verbieten will, in Dingen mitzureden, die eine Schädigung der sämtlichen kleineren Einzelstaaten herbeiführen. Wir Süddeutschen haben ein Interesse daran, daß das preußische Wahlrecht so abgeändert wird, daß einigermaßen eine Gleichmäßigkeit unter den Einzelstaaten herbeigeführt wird. Die Erklärung der Regierung hat das eine Gute gebracht, daß nämlich die Situation klar beleuchtet wird. Hätte Bülow eine verteilende Erklärung abgegeben, so hätten die preußischen Bürger sich wieder einmal beruhigen lassen und hätten die Gelegenheit wieder einmal verpaßt. (Sehr richtig! links.) Wir meinen, daß die preußischen Bürger an und für sich schon zu spät aufgewacht sind und daß es höchste Zeit ist, endlich einmal Ernst zu machen. Wir werden versuchen, das allgemeine Wahlrecht auch in Preußen zu erlangen und haben dazu einen Ausschuß gebildet. Ich muß es entschieden zurückweisen, wenn die Personen dieses Ausschusses von der sozialdemokratischen Presse verunglimpft werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Demonstrationen muß man mißbilligen, weil dadurch die besonnenen Leute abgeschreckt werden. (Leb. Zust.) Die Straßendemonstrationen hat man vielleicht von beiden Seiten zu einseitig betrachtet. Wo Ergasse vorgekommen sind, müssen beide Seiten die Verantwortung tragen. Bei unseren Verhältnissen ist die Straßendemonstration nicht

das rechte Mittel. Die Sozialdemokraten können in Berlin ihre Anschauungen genügend zum Ausdruck bringen. Derartige Dinge arrangiert, der übernimmt eine ungeheure Verantwortlichkeit gegenüber dem Gemeinwesen. (Lebhafte Zustimmung.) Man soll nicht mit dem Feuer spielen. (Sehr richtig! links.) Dann braucht man sich auch nicht über vorbeugende Maßregeln zu beklagen. Bei der Erklärung im preußischen Abgeordnetenhaus hatte Bülow einen bösen Tag. Der Reichstanzler hat gewiß keinen Wechsel auf die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausgestellt, aber er hat doch durch seine allgemeine Erklärung über die liberale Idee die Erwartung geschaffen, daß er die geheime Wahl kongedieren würde. Das war ein großer Fehler. Das Vertrauen, das er in letzter Zeit gewonnen hat, ist in das Gegenteil verkehrt worden. Das Interesse an der Bülow'schen Reichspolitik ist ein recht kleines gewesen. (Zustimmung.) Wir werden das, was wir aus dieser Erklärung gelernt haben, für uns bei jeder kommenden Entscheidung in die Waagschale legen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Korfanth (Vole) erklärt, daß die Vorgänge bei der Polenvorlage seine Freunde nur bestärken können, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen.

Abg. Zimmermann (Antif.) erklärt, daß seine Freunde auf dem Boden des Reichstagswahlrechts ständen und es auch für Preußen forderten. Sodann beurteilt er scharf die Straßendemonstration der Sozialdemokraten.

Abg. Wetterle (Gläser) debattiert, daß die Sozialdemokratie durch die zweimaligen Straßendemonstrationen einen sehr großen politischen Fehler gemacht hätten. Sodann fordert er eine Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen.

Ein Vertagungsantrag wird darauf angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Fischel: Ich habe im preußischen Abgeordnetenhaus nicht gelagt, daß ich die Erklärung des Fürsten Bülow erfreulich fände, sondern ich habe nur gesagt, daß es erfreulich sei, daß, wenn ich überhaupt etwas Erfreuliches äußern wollte, es die Tatsache sei, daß sich die Regierung endlich einmal mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigt. Ferner habe ich dem Fürsten Bülow nicht den Dank für seine Erklärung ausgesprochen.

Abg. Fischer (Soz.) bemerkt verächtlich, er halte keine Ausführungen aufrecht und füge sich dabei auf den „Tag“. (Lebhafte Rufe: Was! Was!)

Abg. Fischel: Wenn Sie solche Beschuldigungen gegen mich erheben und sich dabei nicht auf das antitische Stenogramm stützen, so handeln Sie im höchsten Maße fahrlässig. Wenn Sie über diese Beschuldigungen nicht zurücknehmen, nachdem ich Ihnen die Stelle aus dem Stenogramm wörtlich hier vorgelesen habe, dann muß ich zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie mit Absicht die Unwahrheit sagen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Ein Antrag des Abg. Singer (Soz.), die heutige Debatte fortzusetzen, wird abgelehnt. Donnerstag Schluß und dritte Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Majestätsbeleidigungen

Schluß halb 7 Uhr.

Ueber das Bild vor dem Reichstage

meldet das Bureau Herold, anscheinend ganz im Stille der rechtsstehenden Presse: Der Polizeipräsident hat seine Maßnahmen wirksam getroffen, um Zusammenrottungen und Szenen, wie sie sich vorgelesen in der Nähe des Reichstagsgebäudes abspielten, während der Verhandlung über die Wahlrechts-Interpellation von vornherein unmöglich zu machen. In weitem Umkreise ist das Reichstagsgebäude von Polizei umringelt. Schon um 8 Uhr wurden die Zufahrtstraßen von einzelnen Posten und kleinen Schutzmansposten besetzt. Von Stunde zu Stunde rücken Verstärkungen an und besonders in den Gängen vom Tiergarten nach dem Königsplatz, von Markt und von der Friedrichstraße her nahmen stärkere Kommando bereiteter Schutzmansposten Stellung. In der 9. Stunde zog, von Waabit kommend, eine Horde von etwa 20 halbtrübsigen Würlchen an den Schutzmansposten vorbei, nach dem Königsplatz, leistete aber der Anforderung, weiter zu gehen, Folge. Der Verkehr wurde in keiner Weise behindert. Auch der Zugang zum Portal 3 am Reichstagsufer, wo sich d. r. Kartenschafter und die Wartehalle für den Verkehr mit den Abgeordneten befindet, war für das anständig gekleidete Publikum frei. Jedoch zeigte eine Tafel vor dem Portale an, daß sämtliche Karten vergriffen sind. Die Kartenkontrolle ist sehr streng.

Genau wie das Reichstagsgebäude waren auch die Linden und der Schloßplatz Gegenstand der polizeilichen Fürsorge. Unter den Linden war die Pflanz frei. Jemandem verdächtige Personen wurden jedoch fortgelegt mit größter Strenge zurückgewiesen. In der Umgebung des Schloßes waren ähnliche Vorkehrungen getroffen. Hier standen überall starke Polizeigebäude in den Nebenstraßen. Der Straßverkehr indes zeigte keine Veränderung gegen das gewohnte alltägliche Leben. Wegen der eintägigen Zusammenrottung am Schloßbau, dann sind vier Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren, zwei Arbeiter, ein Lehrling und ein Vater als Mädelstürmer, und weil sie von dem Neubau am Schloßbauerdamm Steine auf die Schauliste geworfen haben, wegen Aufruhrs dem Staatsanwalt vorgeführt worden.

Badische Chronik.

Durlach.

22. Januar.

— Junge Garde. Infolge schlechten Wetters der letzten Versammlung mußte der Vortrag ausfallen. Jugendgenossen, das darf bei uns nicht einziehen! Unter den säumigen Versammlungsbesuchern sind die Durlacher Genossen an erster Stelle. Laut Beschluß der letzten Versammlung wird jeder Verleser, der unentschuldig fehlt. Darum auf, Genossen, zur Agitation für die Versammlung, welche am Freitag Abend im „Ramm“ stattfindet! Das Thema lautet: „Die uniformierte und schwarze Polizei im Kampfe gegen die Jugendorganisation in Elsaß-Lothringen.“ Referent Genosse Hüber.

Offenburg.

22. Januar.

— In Räfersberg bei Ortenberg ist heute Nacht das Anwesen des Landwirts Karl Derr abgebrannt. Der Schwiegerohn des Besitzers, August Weidinger, wurde wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet.

— Genidharre. Der Musikler Heinrich Duhmann von der 3. Kompanie des hiesigen Infanterieregiments, geboren in Annen (Hannover) ist dem „Ortenauer Boten“ zufolge im Lazarett an Genidstarre gestorben.

* Grödingen, 22. Jan. Ein bedauerliches Unglück ereignete sich beim Holzfällen im hiesigen Gemeinwald. Dem Landwirt Jakob Kumm, einem schon bejahrten Manne, wurden beide Beine abgedrückt. Derselbe wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund

genug damit, er erhaltete auch dem vorgeschriebenen einen eingehenden Bericht über den Prozel, und dieses erachte eine feierliche Gühnemonie an. Am Mittwoch haben die Orthebeinhörer des Regiment mit der Bände nach dem Nationalplatz

Schloßplatz in der Stärke von 0,7 bis 0,9 Zentimeter bemerkt. Der dünne gut benutzte kommende Draht wiegt pro Meter etwa 8 Gramm, also pro Kilometer bereits 8 Kilogramm. Im großen Maße können die Drahten, wenn man am gleichen Draht eine größere Anzahl Spindeln aufhängen, indem man

Konkurseröffnung.

Nr. A 8558. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Max Schmitt in Rastatt wird heute am 31. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da derselbe zahlungsunfähig ist.

Der Rechtsanwalt Dr. Vogel wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Februar 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaunt vor dem hiesigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf **Dienstag den 14. Januar 1908, vormittags 10 Uhr** — zur Prüfung der angemeldeten Forderung auf **Dienstag den 25. Februar 1908, vormittags 10 Uhr**.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörigen Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Februar 1908 Anzeige zu machen.

Dies macht bekannt.
Rastatt den 31. Dezember 1907.
Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
Kochler.

Gesangverein Bruderbund Karlsruhe.

Freitag den 31. Januar, abends halb 9 Uhr, im Württemberg Hof, jährliche

ordentliche Generalversammlung

Bollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
Anträge sind bis zum 28. d. M. bei Unterzeichnetem einzureichen.

Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Am Samstag den 25. Januar, abends 8 Uhr, findet im Verbandslokal, zur Alten Brauerei Schrumppel, Durlacherstraße 81/83, unsere

Ordentliche Generalversammlung

statt mit folgender Tagesordnung: 347
1. Jahresbericht. — 2. Kassenbericht. — 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. — 4. Beratung eingelaufener Anträge.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Privatspargeseellschaft Karlsruhe

Die zur Abrechnung vorgelegten Spardbücher werden gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen

Mittwoch, 22. Januar, nachmittags von 2 bis 5 Uhr
Donnerstag, 23. Januar von morgens halb 9-12 Uhr u. nachm. von 2-5 Uhr

Freitag 24. Januar desgleichen
Samstag 25. Januar desgleichen

in unserm Kassenlokal, Karlstr. 40 wieder ausgefolgt.
An diesen 4 Tagen können Spareinlagen weder angenommen noch zurückbezahlt werden.
Karlsruhe, den 21. Januar 1908, 342
Der Verwaltungsrat.

Offenburg.

Samstag den 25. Januar, abends 8 Uhr, in der Michaelhalle

Rezitationsabend

von Walfotte-Berlin.
Ein heiterer Abend

1. Ein Schelmenspiel von Max Dreher;
2. Die Grabrede, der Regensturm, Christentum;
3. Der Mistfäher, Hammelherde, Mutterglück, die Beichte.

Eintritt 30 Pfg. pro Person.
Zum zahlreichen Besuch ladet freundlichst ein
Das Komitee. 343

Karten im Vorverkauf bei Haber, Zigarettenhandlung.

GROSSE-Modenwelt
Tonangebend!
Unerreicht!
Rosen-Schnittbogen.
Abonnem. bei allen Postanstalt. u. Buchhandl.
Farbenprächtige Coloris.
Gratis-Probennummern bei
John Henry Schwartz, Berlin W.

Achten Sie genau auf Titel!

Dr. Thompson's Seifenpulver
bestes, im Gebrauch
billigstes und bequemstes
Waschmittel der Welt
1/2 \mathcal{L} Paket 15 Pfg.

Buchhandlung Volksfreund.

Sobald ist erschienen:

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika.

Von Hermann Schlüter.
XII. und 216 S. Gr.-Oktav Preis broschiert M. 3.—, gebunden M. 4.—. Nach auswärts 30 Pfg. Porto mehr.

Der Verfasser, seit langer Zeit Redakteur der New Yorker Volkszeitung, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eifrige Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor:
Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika;
Negerklaverei und Arbeiterbewegung;
Der Sozialistische Turnerbund.

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von besonderem Interesse. Ihm ist ein Stück Auto-Biographie Weitlings beigegeben, die nirgends bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

Naturheil-Verein G. V.

(Verein für naturgemäße Lebens- u. Heilweise)
Donnerstag den 23. Januar, abends halb 9, im Gartensaal des Café Nowak

Ankerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Errichtung eines Licht-Luftbades. — 2. Pachtung eines 14000 qm großen Platzes von der hiesigen Stadtgemeinde. — 3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Ferner ersuchen wir um baldige Zufendung der Heberle.

Der Vorstand.

Neues Dörr-Obst

Zwetschgen
Pfd. von 20 \mathcal{L} an

Birnschnitze
Pfd. 18 \mathcal{L}

Kranzfeigen
Pfd. 23 \mathcal{L}

Dampfpfäfel
Pfd. 60 \mathcal{L}

Datteln
Pfd. 35 \mathcal{L}

Mischobst
sehr beliebt
Pfd. 30 u. 50 \mathcal{L}

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
Telephon 460.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Eier!!!

Auffschlag-Eier per
Stück 3 Pfg. 339

Bene Nachfolger,
Schützenstraße 63 a.

Eiserne Kinderbettstelle
neu, elegant, für nur 12 M.,
Kameltaschensdivan, gut
gearbeitet, vornehmes Muster, für
nur 48 M., Regulator, gut
gehend, m. Schlagwerk für nur
10 M. zu verkaufen. 332
Douglasstr. 30 part.

In kaufen gesucht.
Wer die höchsten Preise erzielen will, für Kupfer, Messing, Zink, Blei, altes Eisen, Wäcker z. Einstampfen, sowie Zeitungen, richte seine Adresse an
5582
Karl Kreis, Morgenstr. 22

Anfrich von Fahrzeugen
Der Anfrich von etwa 46 Fahrzeugen unseres Betriebes soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.
Angebote sind verschlossen unter Verwendung der besonderen Vorbrude und mit entsprechender Aufschrift spätestens
Freitag, 31. Januar d. J. 14
vormittags 10 Uhr
bei uns einzureichen.
Die Bedingungen können zu den üblichen Dienststunden auf unserm Geschäftszimmer Nr. 184 eingesehen und hier auch die Angebotsvorzude erhoben werden.
Städt. Tiefbauamt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen vom 21. Jan.: Ernst Helm von Rostof, Musiker hier, mit Anna Braun von Heidelberg. — Georg Hennig von Neumarkt, Weißgerber hier, mit Elise Ester von Weissemburg.
Geburten vom 19. bis 19. Jan.: Erich Adam Heinrich Vater Adam Maurer, Sattlermeister. — Otto, Vater Max Schrägle, feldischer Arbeiter. — Helmut Otto, Vater Ernst Lange, Schreibehilfe. — Heinrich Karl, Vater Gerlemann, Schloffer. — Heinrich, Vater Bernhard Sprauer, Lokomotivheizer. — Theresia Magdalena Sofie, Vater Friedrich Wilhelm Burster, Schloffer. — Arnold Heinrich, Vater Franz Anton Ruderer, Lagerführer. — Robert, Vater Robert Meher, Blechler.

Städt. Seifschmacht

heute Donnerstag nachm. von halb 4 bis 7 Uhr und Freitag vorm. von 8 bis 11 Uhr.
Karlsruhe, 22. Jan. 1908.
Städt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion.

Zimmermann-Lehrling gesucht.

Für sofort ein kräftiger, fleißiger und ehrlicher Lehrling gesucht. Zu erfragen Marienstraße 36 bei Lud. Meffer, Zimmermeister.

2-Zimmerwohnung,

geräumig und luftig, mögl. mit Koch- und Leuchtgas, in der Südstadt gesucht. Offert. unter F. B. 100 a. d. Exp. d. Bl.

Kleine Anzeigen.

Mugartenstr. 33, 2. St., bei H. Giffow, wird ein leeres Manufakturzimmer sof. z. mieten gesucht.

Bachstr. 63 2-Zimmerwohnung mit Zubehör auf 1. April zu vermieten. Näh. im Laden.

Klauprechtstr. 20, 1. St. Zimmer z. verm.

Kronenstr. 2, Htg. 4. St. 1. ist ein möbliert. Manufakturzimmer billig zu vermieten.

Wichtentalerstr. 44, 2. St., in Baden-Baden, ein Zimmer an ordentl. Arbeiter zu verm. Anzulegen von 4 Uhr ab.

Rippurstr. 14, S. 3. St. ist eine febl. 2-Zimmerwohnung auf 1. April zu vermieten.

Schützenstraße 25, 2. St. gut möbl. Zimmer z. verm.

Schützenstr. 66, 2. Zimmer mit sep. Eingang logisch oder auf 1. Febr. z. vermieten.

Sternbergstr. 2, 2. St., ist per sof. od. auf 1. Febr. ein p. möbl. heizb. Zimmer zu verm.

Werderstr. 16, 2. St., ist ein gut heizbares Zimmer zu vermieten.

Wash-n. Bügelgeschiff von Frau Blieske, Eisenweierstraße 24, bringe in empfehlende Erinnerung.

Ein Glasbaf ist billig zu guter Kauf zu verkaufen. Jahrgängerstr. 8, 4. St.

Gehrockanzug billig zu verkaufen. Verbindungstr. 11, 3. St.

Hunder großer Eish für 18 M. zu verl. Jahrgängerstraße 10, 4. St.

Eiserne Bettstelle mit Matrass für 4 M. zu verl. Durlacherstraße 52, 4. St. 1. von 7 Uhr abends an zu beziehen.

Bett, gebraucht, billig z. verl. Schützenstr. 83, 4. St.

Stoffdivan neu, für 85 M. zu verkaufen. Schützenstr. 46, 3. St.

Hand junger, Dogge, als Zug od. Hofhund geeignet sehr bill. z. verl. Durlach, R. Ant. 10.

Korb- u. Flechtenweiden zu verl. Simon Weiler, Bruchhausen 5. Eisingen.

Ein Kind wird in Pfalz genommen. Zu erfragen Marktgrabenstr. 4, 3. St.

Kleidermanerin nimmt Kundbesuche an. Werberplatz 33, 2. St.

- Zwiebeln, la. Pfund 6 \mathcal{L}
10 Pfund 56 \mathcal{L}
- Kartoffeln, Magnum, Ztr. 3.40
- Kartoffeln, Mäusle, Ztr. 4.80
- Bügelkohlen, buchene 15 \mathcal{L}
2 Pfund-Paket
- Bündelholz grosse Bund 12 \mathcal{L}
- Bohnen, Perl Pfund 18 \mathcal{L}
- Erbsen, gelbe Viktoria Pfund 18 \mathcal{L}
- Linsen, Pfund 25, 30 und 35 \mathcal{L}
- Frankf. Würstchen Paar 23 \mathcal{L}
- Dörrfleisch Pfund 95 \mathcal{L}
- Sauerkraut Pfund 8 \mathcal{L}
- Zwetschgen Pfund 23, 26 und 30 \mathcal{L}
- Dampfpfäfel Pfund 60 \mathcal{L}
- Birnschnitze Pfund 18 \mathcal{L}
- Kranzfeigen Pfund 23 \mathcal{L}
- Gem. Obst Pfund 25 und 30 \mathcal{L}
- Schmalz, garant. rein, Pfund 56 \mathcal{L}
- Metzgerfett Pfund 75 \mathcal{L}
- Kunstspeisefett (Hensels) Pfund 65 \mathcal{L}
- Rangon-Reis Pfund 16 \mathcal{L}
- Bruch-Reis Pfund 15 \mathcal{L}
- Tafel-Reis, fein Pfund 22 \mathcal{L}
- Tafel-Reis, feinst Pfund 26 \mathcal{L}
- Grünkern, gem. Pfund 35 \mathcal{L}
- Grünkern, ganz Pfund 32 \mathcal{L}

Jede Bestellung für hier wird frei ins Haus geliefert.

E. Bucherer

in meinen sämtlichen Verkaufsstellen. 341